

Nahost-Konflikt

Norwegen sowie die beiden EU-Länder Irland und Spanien wollen Palästina als eigenen Staat anerkennen. Der Schritt soll am 28. Mai formell vollzogen werden, teilten der norwegische Ministerpräsident Jonas Gahr Støre, Irlands Premierminister Simon Harris und der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez am Mittwochmorgen in Oslo, Dublin und Madrid mit.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) begrüßte den Schritt. PLO-Generalsekretär Hussein al-Scheich sprach von einem „historischen Moment“. Malta und Slowenien haben im März bereits ihre „Bereitschaft“ für eine Anerkennung signalisiert, sollten „die Umstände stimmen“.

Dublin beharrt auf der Zwei-Staaten-Lösung

Die jetzige Anerkennung sei „Ausdruck einer uneingeschränkten Unterstützung für eine Zweistaatenlösung, des einzig glaubwürdigen Wegs zu Frieden und Sicherheit für Israel, Palästina und deren Völker“, erklärte Harris. Das könne helfen, dass der Prozess hin zu dieser Zweistaatenlösung endlich wieder in Gang komme, sagte der Norweger Støre.

Die islamistische Hamas, die noch immer Teile des Gazastreifens kontrolliert, lehnt eine Zweistaatenlösung kategorisch ab. Auch Israels Premier Benjamin Netanjahu nennt sie obsolet. Die PLO, die im Westjordanland die Autonomiebehörde dominiert, befürwortet den Plan. Die PLO hatte bereits 1988 einseitig die staatliche Unabhängigkeit Palästinas erklärt. Damals dauerte es Minuten und Algerien hatte den Staat anerkannt. Binnen einer Woche schlossen sich Dutzende andere Länder an, darunter die meisten arabischen, China, Indien und die Türkei an. Wenig später folgten fast alle Länder Afrikas.

Die nächste Welle von Anerkennungen kam erst um 2010/2011 – durch eine Reihe südamerikanischer Länder, darunter Argentinien, Brasilien und Chile. Das war unter anderem eine Reaktion auf die Entscheidung Israels, ein Bauverbot für jüdische Siedlungen im Westjordanland aufzuheben. 2014 wurde Schweden das erste EU-Mitglied, das einen Palästinenserstaat anerkennt. Bulgarien, Zypern, Tschechien, Ungarn, Polen und Rumänien hatten dies schon vor ihrem EU-Beitritt getan. Stockholms Schritt folgte monatelangen Zusammenstößen in Ost-Jerusalem. Im April und Mai 2024 schlossen sich wegen des Gaza-Krieges Jamaika, Barbados, Trinidad und Tobago sowie die Bahamas als bisher letzte denjenigen an, die einen palästinensischen Staat anerkennen.

Der irische Premier Harris betonte am Mittwoch, dass seine Regierung uneingeschränkt auch das Recht Israels anerkennt, in Sicherheit und Frieden mit seinen Nachbarn zu existieren. Irland



Der FC Barcelona (Flagge r.) hat in Hebron eh schon seine Fans. Nun findet man dort auch Spanien (Fahne M.) gut. HAZEM BADER/AFP

Drei Schritte nach Palästina

Spanien, Irland und Norwegen wollen einen palästinensischen Staat anerkennen – dessen Gründung aber nicht forcieren.

Eine Friedenslösung ist trotz europäischer Uneinigkeit weiterhin das erklärte Ziel. In der deutschen Regierung hadert man mit dem Vorstoß



DAS GETEILTE LAND

Die Zwei-Staaten-Lösung (von der nicht klar ist, ob sie eine Lösung des Nahost-Konflikts überhaupt wäre) ist nicht wirklich etwas Neues. Als die UN 1947 dem jüdischen Volk das Recht auf einen eigenen Staat gewährte, wurde auch die Teilung des damaligen britischen Mandatsgebietes Palästina (nach dem Ersten Weltkrieg vom Völkerbund eingerichtet, nach 1945 an die UN übergeben) geplant.

Das heutige Israel zusammen mit den Palästinensergebieten entspricht weitgehend jenem alten Teilungsplan. Gaza und die Westbank (plus etwas im Norden und ein kleiner Streifen Sinai) wären demnach ein palästinensischer Staat geworden. Israel wäre der wild verzweigte Rest gewesen. Diese Konstruktion hätte aber nur halten können durch Friedensverträge mit den

arabischen Nachbarn. Alle arabischen Nationen und die Palästinenser (die damals nur „Araber“ gerufen wurden) lehnten diese friedliche Koexistenz ab und wollten Israel vernichten.

1967 nach dem Sechs-Tage-Krieg wollten die Israelis diesen Plan quasi reaktivieren und die eroberten Gebiete zurückgeben. Wieder verweigerte die Nachbarschaft den Friedensschluss. Somit wurde die Bahn frei für die extremistische Siedlerbewegung.

Und Jerusalem? Als die wichtigste heilige Stätte des Juden- wie des Christentums (Tempel des Herodes und Auferstehung Jesu) und die dritt wichtigste des Islam (nach Mekka und Medina) wäre Jerusalem unter Verwaltung der Vereinten Nationen gestellt worden. Das wollte niemand akzeptieren. rut

Norwegen und viele andere Länder versucht, eine Strategie zu verfolgen, bei der die Anerkennung einer Friedenslösung folgen würde, sagte Norwegens Regierungschef Støre am Mittwoch. „Das hat nicht funktioniert.“ Mehrere Gründe führten dazu, dass es richtig sei, Palästina jetzt anzuerkennen. Besonders der anhaltende Krieg in Gaza.

„Die Zeit zum Handeln ist gekommen“, sagte Spaniens Ministerpräsident Sánchez. Angesichts solcher vollmundiger Aussagen, wand sich der deutsche Regierungssprecher ein bisschen: Eine richtig gute Idee findet die Bundesregierung die Entscheidung Norwegens, Spaniens und Irlands nicht. Die Hoffnung, dass sich so „der Konflikt in Luft auflöst, sollte niemand haben“, warnte Steffen Hebestreit.

Die SPD scheint in Nuancen gespalten zu dem Thema

Die Regierung sehe eine ausgehandelte Lösung als einzig mögliche. „Da gibt es keine Abkürzung.“ Der Botschafter der Palästinensischen Autonomiebehörde in Deutschland, Laith Arafeh, drängte die Bundesregierung, Palästina nun ebenfalls anzuerkennen. Im Bundestag zeichnete sich das aber nicht ab. „Die unilaterale Anerkennung Palästinas als souveräner Staat ist das falsche Signal zur falschen Zeit“, sagte der Chef des Auswärtigen Ausschusses, Michael Roth (SPD), dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. „Ich fürchte, dass man so der notwendigen Zweistaatenlösung nicht näherkommt.“ Dem widersprechen die SPD-Verkehrspolitikerin Isabel Cademartori, die dem „Stern“ sagte, eine Anerkennung Palästinas sei ein möglicher „erster Schritt“ zum Frieden – nach Freilassung der von der Hamas entführten Geiseln und einer Waffenruhe. Als Mitglied des Fraktionsvorstands zog dann aber Außenpolitiker Nils Schmid die Linie klar: „Eine Anerkennung Palästinas zum jetzigen Zeitpunkt würde nicht helfen. Denn sie verändert nicht die Realität vor Ort.“ Anerkennung dürfe aber auch kein Tabu sein. Sie „belohnt nicht die Terroristen, sondern stärkt im Gegenteil Kräfte wie die Autonomiebehörde, die sich für Frieden einsetzen“.

Die Union positionierte sich ähnlich: „Das Vorgehen der Regierungen von Spanien, Irland und Norwegen ist in höchstem Maße problematisch“, sagte Fraktionsvize Johann Wadepuhl. „Der Schritt hilft nicht, einen politischen Prozess zu befördern und so einer verhandelten Zweistaatenlösung näherzukommen. Vielmehr dürfte ein solcher Schritt Israel und die Palästinenser noch weiter voneinander entfernen.“ Wadepuhl wie Roth bedauerten ausdrücklich, dass die EU – der Irland und Spanien angehören – auch an dieser Stelle nicht einheitlich agiert. MARIE JULIEN, AFP UND DANIELA VATES, RND, MIT DPA Leitartikel Seite 11

„Politischen Einfluss haben nur die USA“

Völkerrechtler Ambos über die Folgen der Anerkennung Palästinas für den Gaza-Krieg

Herr Ambos, Spanien, Irland, Norwegen und andere europäische Länder wollen Palästina als Staat anerkennen. Was bedeutet diese Anerkennung aus völkerrechtlicher Sicht? Wo sehen Sie Probleme?

Völkerrechtlich kann nur der UN-Sicherheitsrat die volle UN-Mitgliedschaft eines (vermeintlichen) Staates ermöglichen. Insofern stellt die zunehmende Anerkennung Palästinas eine politische Erklärung dar, die allerdings symbolischen Wert hat.

Wer ist bei einer solchen Anerkennung auf palästinensischer Seite als Regierung angesprochen?

Palästina wird bei den UN und auch sonst von der Autonomiebehörde in Ramallah vertreten. Die Hamas spricht weder für Palästina noch die palästinensische Bevölkerung.

Kann man Palästina als Staat anerkennen ohne die Grenze zum Westjordanland und den Status von Ost-Jerusalem vorher zu klären?

Das Gebiet eines zukünftigen palästinensischen Staates ist durch die nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 festgelegten Grenzen vorgegeben und als solches auch in Resolutionen des UN-Sicherheitsrates anerkannt. Im Rahmen des Oslo-Prozesses hat dies auch die frühere PLO unter Arafat anerkannt, die ja dann zur Autonomiebehörde wurde.

Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen erkennt Palästina an. Den derzeitigen Konflikt hat das nicht verhindert. Warum nicht?

Wichtiger als die politische Anerkennung durch Staaten sind zahlreiche UN-Resolutionen, auch des UN-Sicherheitsrats, die aber ebenfalls die faktische Entwicklung – Ausdehnung der Siedlungen vor allem im Westjordanland bis zur de facto Annexion – nicht verhindert haben. Der einzige

Staat, der Israel tatsächlich beeinflussen kann, sind die USA und selbst deren Einfluss ist, wie der Gaza-Krieg zeigt, begrenzt.

Welchen Einfluss könnte die neuerliche Anerkennung auf den aktuellen Gaza-Konflikt haben?

Wie gesagt: Politisch-faktischen Einfluss haben nur die USA und die inner-israelische Zivilgesellschaft beziehungsweise Opposition. Nur wenn ihr ein Regierungswechsel gelingt, gibt es Aussichten auf einen Waffenstillstand und den vorsichtigen Beginn eines erneuten Friedensprozesses.



Kai Ambos lehrt Völker- und internationales Strafrecht in Göttingen. UNI GÖTTINGEN

Sollte Deutschland nachziehen und Palästina anerkennen?

Das ist eine politische Frage. Völkerrechtlich ist kein Staat zur Anerkennung verpflichtet. Bei der jüngsten Abstimmung in der UN-Generalversammlung vom 9. Mai haben 143 Staaten für Anerkennung und UN-Vollmitgliedschaft gestimmt und nur neun dagegen, darunter die USA. Deutschland hat sich enthalten. Die USA haben allerdings zugleich ihr Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung betont und gesagt, dass ihre Ablehnung nicht als Opposition zur palästinensischen Staatlichkeit verstanden werden sollte. Im Grunde zeigt das, dass selbst die USA nur politisch gegen die formale Anerkennung palästinensischer Staatlichkeit ist, obwohl rein völkerrechtlich betrachtet die fehlende Ausübung effektiver Staatsgewalt durch die Autonomiebehörde Zweifel an der (effektiven) Staatlichkeit Palästinas aufkommen lässt.

INTERVIEW: TATJANA COERSCHULTE

Der Finanzminister dreht den Hahn zu

Israel reagiert scharf auf die Dreier-Aktion

VON MARIA STERKL

Palästina hat weder klare Grenzen noch eine souveräne Regierung. Das sind die Fakten. Die Anerkennung seiner Staatlichkeit durch Spanien, Irland und Norwegen am Mittwoch ist damit ein symbolischer Akt, der vor allem ihr Engagement für eine Zweistaatenlösung ausdrücken soll. Für das tägliche Leben der Palästinenser:innen hätte er unmittelbar keine Auswirkungen – wäre da nicht Israels Reaktion.

Regierungschef Benjamin Netanjahu bezeichnete die Entscheidung als „Belohnung für den Terror“. Und Finanzminister Bezale Smotritsch hat entschieden, der Palästinenserbehörde alles Geld vorzuenthalten, das Israel ihr schuldet. Dabei geht es vor allem um Steuern und Zölle, die Israel auf Basis der Osloer Abkommen stellvertretend für die Palästinenserbehörde erhebt. Schon früher hat Israel seine Verfügungsmacht über palästinensische Budgets als Druckmittel verwendet. Aktuell wirkt es eher wie eine Straffaktion: Smotritsch gibt der Palästinenserbehörde die Schuld an der jüngsten Entscheidung des Chefanklägers in Den Haag sowie an der norwegisch-spanisch-irischen Aktion. Beides sei Resultat eines gezielten „politischen Terrorismus“ der Palästinenserbehörde, so Smotritsch. Als politischer Terrorismus definieren Konservative in Israel die palästinensischen Versuche, sich auf der internationalen Ebene Recht und Anerkennung zu verschaffen.

Schon vor einigen Monaten hatte Smotritsch Geld einbehalten, damals sprang Norwegen als Vermittler ein: Seither überweist

Israel die Finanzmittel auf ein norwegisches Treuhandkonto, von dort werden sie – abzüglich dessen, was Gaza zukommt – an die Palästinenserbehörde weitergeleitet. Nun hat Smotritsch auch diesen Geldfluss gestoppt.

Es handelt sich dabei allerdings um einen wesentlichen Beitrag zur palästinensischen Wirtschaft: Da Zehntausende öffentliche Bedienstete im Westjordanland aus diesen Budgetmitteln ihre Gehälter beziehen und nun ohne laufendes Einkommen dastehen, fehlt das Geld auch im täglichen Konsum – und das reduziert wiederum das Steueraufkommen.

In den USA und in der EU wird die Geldkrise der Palästinenserbehörde mit Sorge beobachtet, man befürchtet ihren Kollaps – und ein Abdriften ins Chaos, durch das militante Gruppen schließlich auch in der Westbank die Oberhand gewinnen könnten. Smotritsch nimmt das im Kauf: „Lasst die Palästinenserbehörde zusammenbrechen“, sagte er. „Ich werde sie nicht künstlich am Leben erhalten, damit sie dann gegen mich agitiert.“

Besuch am Tempelberg

Um die Lage weiter anzuheizen, setzte Israels rechtsextremer Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, am Mittwoch zum ersten Mal seit Kriegsbeginn seinen Fuß auf den Tempelberg in Jerusalem. Das Gelände ist äußerst sensibler Boden, auf dem sich nicht selten Eskalationen in der Region entzündeten.

Auf dem diplomatischen Parkett kam es vorerst zur erwartbaren Reaktion seitens Israel: Außenminister Israel Katz forderte seine Botschafter in Dublin, Oslo und Madrid zur Rückkehr auf. Dass sie bis auf weiteres in Israel bleiben und nicht zu ihren Posten zurückkehren werden, schließt Katz nicht aus.

Zudem erwägt der Außenminister laut einem Ynet-Bericht weitere Straffaktionen gegen die drei europäischen Staaten – mit dem Ziel, andere EU-Mitglieder zu ähnlichen Schritten abzuhalten. Katz schweben neue Hürden bei der Visumserteilungen an Diplomaten vor. Konkret geht es um diejenigen, die den Botschaften in Tel Aviv zugerechnet werden, aber auch im Westjordanland tätig sind. Auf diese Weise würde Israel den Aufbau von Botschaften in den Palästinensergebieten erschweren. Schon jetzt haben alle EU-Staaten sowie Norwegen diplomatische Vertretungen in den Palästinensergebieten, diese würden nach einer Anerkennung Palästinas zu Botschaften aufgewertet. mit dpa



Ein aufgegebenes Camp bei Rafah. EVAD AL-BABA/AFP